agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/PAKISTAN - Katholik ist Minister für Menschenrechte Minderheiten in Punjab: Kirche beklagt geringes Budget

Lahore (Fidesdienst) – Der katholische Anwalt Khalil Tahir Sindhu von der Regierungspartei „Pakistan Muslim Leaogue-N“ ist Minderheitenminister in der Provinz Punjab. Neben dem Amt als Minister für Menschenrechte und Minderheiten ist er auch für das Gesundheitsministerium der Provinz verantwortlich.
„Er hat seine Arbeit erst begonnen und wir sind sicher, dass es sich um einen gläubigen Menschen guten Willens handelt. Die Menschen kennen und schätzen ihn und mit seinen weitsichtigen Visionen wird er zur Entwicklung und zum Wohl der Minderheiten und aller Menschen in Punjab beitragen“, so der Generalvikar der Diözese Faisalabad (Punjab), Pfarrer Khalid Rashid.
Der 46jährige Sindhu stammt aus Faisalabad und hatte sich als Anwalt bereits in der Vergangenheit für die Rechte der christlichen Minderheiten eingesetzt. Im Gespräch dem Fidesdienst erinnert er daran, dass er als Verteidiger „in 37 Fällen, in denen Christen wegen Blasphemie angeklagt waren einen Freispruch erwirken konnte. Doch wer einmal der Blasphemie angeklagt war, werde stigmatisiert. „Es handelt sich um 37 zerstörte Familien. Unschuldige Menschen, die Jahre im Gefängnis verbracht haben und Menschen, die ihren Arbeitsplatz und ihren Wohnsitz wechseln müssen“, so Sindhu.
Für das Ministerium für Menschenrechte und Minderheiten stellt die Regierung der Provinz 215 Millionen Rupie (rund 1,6 Millionen Euro) zur Verfügung. Damit sollen auch „Entwicklungsprogramme für Minderheiten“ und „Stipendien für Schüler aus Minderheiten“ finanziert werden. Dies ist nach Ansicht der „Human Rights Commission of Pakistan“ nicht ausreichend, „da in der Provinz auch fiel für die Entstehung eines Bewusstseins von den Rechten der Minderheiten getan werden muss“.
Peter Jacob, Sekretär der „Kommission für Gerechtigkeit und Frieden“ der Pakistanischen Bischöfe erinnert daran, dass „das Budget nicht die Zahlung von Schadenersatz für Christen umfasst“, wie diese zum Beispiel für die Einwohner der Joseph Colony in Lahore vorgesehen sein sollten, wo im März dieses Jahres die Wohnungen von 100 christlichen Familien verwüstet wurden. „Die Regierung scheint zu glauben, dass es nicht wirklich zu Menschenrechtsverstößen, insbesondere zu Lagen der nichtmuslimischen Minderheiten kommt“.
Der katholische Minister hingegen hält den Haushalt der Provinz für „ausgeglichen“ und verspricht „Engagement für das Wohl der Minderheiten und den Schutz der Rechte aller Bürger der Provinz Punjab sowie Gleichberichtigung bei der Bildung und anderen Sozialmaßnahmen“. „Ich bin überzeugt“, so der neue Minister, „dass die Regierungspolitik zu positiven Ergebnissen von großer Tragweite führen wird und dass sich die Lebensbedingungen der Menschen in Pakistan und das Image des Landes verbessern“. (PA) (Fidesdienst, 26/06/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it